



Wer bestimmt das Maß der Dinge?

Eine Systemfrage: Gibt es eine solidarische Marktwirtschaft?

Je tiefer die „sozialen“ Marktwirtschaften der westlichen Welt an allen Ecken und Enden in die Krise rutschen desto heftiger wird die Kritik vieler engagierter Christen an diesem Wirtschaftssystem. Dies ist nicht verwunderlich, denn kein anderes Wirtschaftssystem beruht auf so wenigen ethischen Vorgaben wie die Marktwirtschaft. Ihr Prinzip ist denkbar einfach: Indem Verbraucher am Markt Produkte kaufen, die ihren Wünschen an Preis und Qualität entsprechen, zwingen sie die ihrerseits gewinnorientierten Produzenten, genau diese Produkte herzustellen. Am Ende haben beide Gruppen ihren Nutzen maximiert: Die Verbraucher besitzen das gewünschte Produkt, die verbraucherfreundlichsten Produzenten den höchsten Gewinn. Und dies alles ohne staatlichen Eingriff.

Doch was sich in der Theorie so harmlos anhört, entpuppt sich in der Praxis als zweischneidiges Schwert. Denn einerseits garantiert der Markt eine effiziente Produktion, was zu einem sparsamen Verbrauch an Rohmaterialien ebenso beiträgt wie zu einem preisgünstigen und breiten Warenangebot. Andererseits regelt der Markt weder die sozial gerechte Verteilung der Waren noch kümmert er sich um jene Folgekosten der Produktion, die in der Kostenbilanz der Unternehmen nicht mehr auftauchen, weil sie der Allgemeinheit aufgebürdet werden. Diese Mängel widersprechen denn auch genau jenen sozialetischen Ansprüchen, die die Katholische Soziallehre an jede Wirtschaft stellt. Denn mit der christlichen Verpflichtung zu Solidarität und sozialer Gerechtigkeit ist es nicht vereinbar, daß die Marktkonkurrenz letztlich den Starken stärkt und den Schwachen

schwächt. Genausowenig berücksichtigt der Markt ihre ethischen Forderungen nach „Arbeit für alle“, einer „gesunden Umwelt“ oder „humanen Arbeitsbedingungen“. Denn alle diese Ansprüche würden sich auf Unternehmensebene als Kosten niederschlagen, die es im Konkurrenzkampf zu verringern gilt. Konkurrenzfähiger ist im Zweifel das Unternehmen, das auf Maschinen und nicht auf Menschen, auf einen reibungslosen Schadstoffausstoß statt auf Filterung und auf monotone Arbeitsbedingungen statt auf Gruppenarbeit setzt. So wird denn dieses System nur der verteidigen können, wer die Eigenverantwortung des Einzelnen bis zum Scheitern zum Maß aller Dinge erhebt und die Solidarität (mit den Schwachen) auf familiäre Kleingruppen beschränkt sehen will.

Für engagierte Christen (und nicht nur für sie), die die Solidarität mit allen Gliedern der Gesellschaft betonen, ist der freie Markt keine Lösung – seine Akzeptanz allenfalls der Weg des geringsten Widerstandes.

Mit ihrer Kritik stoßen sie jedoch unweigerlich auf die einzige real existierende Alternative zum Lenkungsinstrument „Markt“: den *Plan*. Auf den ersten Blick scheinen planwirtschaftliche Systeme denn auch ethischen Forderungen weit eher entsprechen zu können als marktwirtschaftliche Ordnungen. Denn die Pläne dienen ja gerade dazu, vorformulierte Zielvorgaben (auch ethische) in die wirtschaftliche Praxis umzusetzen. Doch trotz dieser theoretischen Möglichkeit weist gerade die Praxis planwirtschaftlich organisierter Länder einen riesigen Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit auf. Denn zur Befriedigung der

(im voraus geplanten) Bedürfnisse überzieht ein übermächtiger Verwaltungsapparat die gesamte Wirtschaft mit einem äußerst engen Plankorsett, das die Unabhängigkeit der einzelnen Betriebe beschneidet und eine effiziente Produktion unmöglich macht. Die Folgen sind bekannt: Zu viele Beschäftigte erarbeiten mit zu hohem Aufwand an Kosten und Ressourcen zu wenig Produkte, die noch dazu zum Teil nicht jenen entsprechen, die die Verbraucher wünschen.

Was engagierten Christen angesichts dieser Alternativen bleibt, ist zunächst die entmutigende Schlußfolgerung, daß die real existierenden Wirtschaftssysteme den christlich ethischen Kriterien im wesentlichen nicht genügen. Nach Ansicht der meisten Wirtschaftswissenschaftler kann es auch keine andere Schlußfolgerung geben. Außer *Markt* und *Plan* gebe es eben keine wirtschaftlichen Lenkungsinstrumente die funktionierten. „Solidarität“ sei kein Lenkungsinstrument. Aus dieser Einsicht heraus plädieren die allermeisten Wirtschaftswissenschaftler deshalb für den Markt, weil dort die Entfaltungsmöglichkeiten für den Einzelnen größer seien. Angesichts der Vielzahl von Problemen, die entweder von der Wirtschaft verursacht werden oder mit ihr zusammenhängen kommt diese Entscheidung für das kleinere Übel jedoch einer Bankrotterklärung gleich, da die ethischen Forderungen an die Wirtschaft grundsätzlich zurückgestellt werden. Zwar ist es sicher richtig, daß „Solidarität“ keine Grundlage für die Organisation der Wirtschaft darstellt. Worum es jedoch geht, ist der Versuch, „Solidarität“ zu einem Zielfaktor nicht nur der Gesellschafts-, sondern auch der Wirtschaftspolitik zu machen.

Dabei hilft die Auseinandersetzung mit den real existierenden Wirtschaftssystemen durchaus weiter, bezeichnet sie doch jene Pole, die es zu vermeiden gilt. Denn diese Pole, *freier Markt* hier und *zentraler Plan* dort, zementieren die Herrschaft einer jeweils kleinen Gruppe über das Volk: Großunternehmer und Bankiers hier und Bürokraten dort.

Aus diesem Grund können die großen volkswirtschaftlichen Ziele (Umweltschutz, Vollbeschäftigung und humane Arbeitsbedingungen) nur im Sinne der Mehrheit der Bevölkerung eingelöst werden, wenn das Marktsystem langfristig auf zwei Ebenen verändert bzw. ergänzt wird:

Auf der betrieblichen Ebene durch eine

verstärkte Mitbestimmung der Beschäftigten in allen Unternehmensfragen. Nur so kann das Ziel einer Humanisierung der Arbeitswelt angesichts der anrollenden neuen Technologien überhaupt noch erreicht werden. Auf der überbetrieblichen Ebene müßte ein demokratisch besetztes Planungsgremium einen Rahmen an Regelungen (z. B. für den Umweltschutz) und gesamtwirtschaftliche Zielsetzungen (wie z. B. Vollbeschäftigung) vorgeben, auf dessen Grundlage die Unternehmen dann ihre Entscheidungen unabhängig fällen können. Damit wären die Vorteile eines Marktmechanismus in den Rahmen eines ethisch begründeten Kataloges an Vorgaben eingebettet und würden allen zugutekommen.

Der Weg zu einer solchen solidarischen *Vorbestimmung* ist weit und steinig, schränkt diese doch die (Markt)Freiheit jener ein, die bisher am meisten von ihr profitierten. So gaben bereits die eben beendeten Arbeitskämpfe einen Vorgeschmack davon, mit welchen Steinen die Mächtigen solche Veränderungspfade pflasterten. Diesen Weg aus diesem Grunde nicht zu gehen, hieße jedoch, die Prinzipien der Katholischen Soziallehre – der christlichen Sozialethik überhaupt – in einem Augenblick zu opfern, in dem sie bitter notwendig wären.

Wolfgang Kessler

in: Publik-Forum Nr. 16/1984